

10. 7. 68

16. Juli 1968

+++++++ a d s - i n f o r m a t i o n ++++++
nr. 1/68 15.7.68

Rüeggs 3. Wiederwahl

Wo liegt die Misere? - Warten auf das HHG!

Mittwoch, den 10. Juli wurde Professor Walter Rüegg zum dritten Mal wiedergewählt. Damit hat das Konzil seine Politik des Zauderns fortgesetzt. "Keine Experimente" lautete anscheinend die Devise. Man scheute sich, Beschlüsse zu fassen, die in die Zukunft weisen.

Wo liegt die Misere? - Wie gebannt schauen unsere Professoren nach Wiesbaden, denn allein von dort erwarten sie das Heil. Sie starren auf den 1. Jan. 1969, an dem die Einführung einer Direktorial- oder Präsidialverfassung als deus ex machina alle Probleme lösen soll. Wer ist schon bereit, sich für eine Amtsdauer von 3 (d r e i) Monaten zum Rektor wählen zu lassen?

Die Entschuldigung, in drei Monaten ließen sich die Verhältnisse nicht grundlegend ändern, ist zwar plausibel, aber die Lage an der Universität Frankfurt erfordert rasches und entschlossenes Handeln! In einem Zeitraum von drei Monaten lassen sich sehr wohl die Grundlagen schaffen. Oder will man die Selbstständigkeit gegenüber Schüttes nicht

Verhandener Hochschulkonzeption endgültig aufgeben?

Noch einmal ist Professor Rüegg die Chance gegeben, selbst die Reform voranzutreiben. Wir fordern nun auf, diese Frist zu nutzen, um Schütte und Wiesbaden eine eigene Frankfurter Konzeption entgegenstellen zu können. - Professor Rüegg hat vor seiner Wahl Professoren, Nichthabilitierte und Studenten aufgefordert, mit ihm an der Hochschulreform zu arbeiten. Das ADS wird Rektor Rüegg beim Wort nehmen. Es ist grundsätzlich zur Mitarbeit an einer wirklichen Reform bereit.

Wir fordern: Öffentlichkeit der Verhandlungen von Konzil und Senat, völlige Umarbeitung des Satzungsentwurfes mit dem Ziel der funktionsgerechten Mitsprache aller Universitätsangehörigen und Auflösung überholter Universitätsstrukturen.

Wir müssen die Zeit bis zum 31. Dezember 1968 nutzen! Bis zum Beginn des Wintersemesters wird das ADS seine hochschulpolitische Konzeption vorlegen.

Arbeiten Sie mit an der Ausarbeitung und Verwirklichung unserer Reformvorschläge!

Vier-Wochenfrist vorbei

Lethargie oder Absicht? - Studentenparlament
scheut Votum der Studenten

Erinnern Sie sich noch? - Am 30. Mai rief das ADS zu einer Unterschriftensammlung auf, um eine Urabstimmung über jene dubiosen Parlamentsbeschlüsse herbeizuführen, die die Universitätsblockade und die Rektoratsbesetzung mit all ihren Begleiterscheinungen und Konsequenzen (1 1/2 Wochen Ruhen des Lehr- und Forschungsbetriebes, Examensprüfungen unter abnormen Bedingungen, Besetzung der Universität durch die Polizei) sanktionieren.

Innerhalb weniger Stunden hatten sich etwa 1000 Studenten in die bereitliegenden Listen des ADS eingetragen. Damit waren die satzungsgemäß erforderlichen 5% erreicht und bei weitem überschritten. Trotzdem hielten sich ASTA und Parlamentspräsidium - Widerspruch zu ihrer eigenen Satzung - nicht für zuständig, diesen Antrag anzunehmen. Auch das Studentenparlament verhinderte mit taktischen Methoden (legalistische Tricks) die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes (vgl. Parlamentsprotokolle). Erst als die Presse sich für dieses Verschleppungsverfahren zu interessieren begann, bequeme sich der ASTA, den Antrag am 11. Juni entgegenzunehmen. Damit war er laut Satzung verpflichtet, innerhalb ab der

folgenden vier Wochen die geforderte Urabstimmung durchzuführen. Diese Frist verstrich, ohne daß auch nur das Geringste (Wahl eines Ausschusses zur Durchführung der Urabstimmung, Einberufung einer Vollversammlung, Bereitstellen von Wahlurnen, Bekanntgabe des Abstimmungstermins) geschehen wäre.

Der ASTA und das Studentenparlament haben sich aus Angst eines für sie ungünstigen Abstimmungsergebnisses über die legitime Forderung eines Teils der Studenten hinweggesetzt. Die sonst nach plebiszitären Entscheidungen rufen, scheuen davor zurück, wenn sie nicht selbst die Fäden in der Hand haben!

Ist das die Demokratie, die ASTA und Studentenparlament meinen? Was ist demokratisch? Die Entscheidung auf einem teach-in, dessen Zusammenstellung schon wegen der Art und Weise der Einberufung niemals repräsentativ sein kann oder eine Urabstimmung, deren Durchführung demokratischer Kontrolle unterworfen ist?

Das ADS sieht in diesem Ausweichen von ASTA und Studentenparlament ein Zugeständnis an seine berechnete Kritik. Außerdem erbringt dieses Verhalten einen erneuten Beweis dafür, daß der SDS und die sich mit ihm solidarischierenden Hochschulgruppen nicht mehr willens sind, ihr Handeln einer öffentlichen Kritik und damit einer demokratischen Kontrolle zu stellen.

Der DISKUS und die Wahrheit

DISKUS und ASTA-Info als politische Waffe oder als Mittel zur objektiven Information und Meinungsbildung?

Seit Wochen betreiben die offiziellen Blätter des Studentenparlaments (die ASTA-Information wird vom Parlamentspräsidium herausgegeben; die Herausgeber des DISKUS werden ebenfalls vom Studentenparlament gewählt) eine heftige Diffamierungskampagne gegen Studenten, die nicht bereit sind, sich mit Methoden und Zielen des SDS zu solidarisieren. Dabei nehmen die Verfasser der entsprechenden Artikel die Wahrheit doch erstaunlich leicht. Wir können zwar nicht erwarten, daß jedes Wort in der Politik auf die Goldwaage gelegt wird; aber den Gebrauch einer groben Handwaage würden wir diesen Redakteuren noch dringend empfehlen!

Ihre letzte Eskapade (DISKUS Nr. 5 1968, S.2) gipfelte darin, das ADS als Gruppe bewaffneter Schläger hinzustellen. Sind diese Schreiber unfähig, zwischen den radikalen Methoden Außenstehender, die jeden Anlaß zur Gewaltanwendung nutzen, und unserer inhaltlichen Stellungnahme gegen die sich in der Eskapade manifestierende Gewalt zu unterscheiden? Oder tritt hier die Diffamierung

ja Verleumdungsabsicht gegnerischer Gruppen zutage, denen mit der Gründung des ADS eine inhaltlich bestimmte demokratische Alternative erwachsen ist.

Gegenwärtig wird der von der Studentenschaft zwangsfinanzierte DISKUS zur Bildung eines politischen Meinungsmonopols mißbraucht. Das ADS wird sich daher dafür einsetzen, daß entweder die Zwangsfinanzierung beendet wird oder daß eine objektive Information durch den DISKUS erfolgt, indem auch andere politische Gruppen darin zu Wort kommen!

.....

Aus der juristischen Fachschaft

Auch die Vollversammlung der Juristen vom 2. Juli 68 brachte keine Entscheidung über die vorliegenden Abwahanträge gegen die Fachschaftsvertreter des LSD, die für die Sprengung der Fakultätssitzung vom 19. Juni verantwortlich zeichnen. In der vorhergehenden Vollversammlung vom 25.6. hatte sich die LSD-Mehrheit in der Fachschaftsvertretung gegen den Willen der Vollversammlung nur dadurch an der Macht halten können, daß die Abstimmung verhindert wurde.

Diesmal war das Wetter mit dem LSD: strahlender Sonnenschein führte dazu, daß die Vollversammlung wegen mangelnder Beteiligung beschlußunfähig war. So verständlich es auch ist, einen solchen Tag im Schwimmbad zu verbringen, so gefährlich ist es aber auch, wenn die Juristen weiterhin ihre demokratischen

Kontrollrechte mit Hilfe ihres höchsten Beschlußorgans, der Vollversammlung, nicht wahrnehmen. Die dadurch notwendig werdende mehrmalige Einberufung einer Vollversammlung zum selben Thema kann leicht zu einem allgemeinen Desinteresse an der Fachschaftsarbeit führen. Das begünstigt radikale Gruppen, die auch die Gewalt zu ihren politischen Mitteln rechnen. Das Verhalten dieser Gruppen fördert die dringend notwendige Studienreform nicht, sondern verhindert sie, weil im Gespräch mit den Professoren nicht Argumente diskutiert, sondern verhärtete Standpunkte verfochten werden.

Im kommenden Wintersemester müssen laut Fachschaftsordnung 5 neue Fachschaftsvertreter gewählt werden. Soweit nicht 5 Vertreter zurücktreten, gegen die Abwahanträge vorliegen, bleiben diese Anträge auf der Tagesordnung. Das ADS fordert daher alle Juristen auf, im kommenden Wintersemester in Verbindung mit den Neuwahlen dem LSD die Rechnung für seine Manipulationen und Mißachtung von Vollversammlungsbeschlüssen zu präsentieren.

Das ADS arbeitet auch in den Semesterferien an der inhaltlichen Gestaltung der Studienreform weiter. Der erste detaillierte Diskussionsvorschlag (Thesen des stv. Fachschaftssprechers Konrad) von uns wird weiter ergänzt und überarbeitet werden.

Arbeiten Sie mit, werden Sie Mitglied!

Wir betreiben keine Parteipolitik!

Wir bemühen uns, die Interessen der Studenten sachgerecht zu vertreten. Kern unserer Arbeit ist die Ausarbeitung und Durchsetzung der längst überfälligen Hochschul- und Studienreform. Ideologie und revolutionäre Pflichtübungen, wie sie uns der SDS vorexerziert, führen nicht weiter.

Unser Büro: Westendstr. 97

Bürostunden: dienstags 11⁰⁰ h - 12⁰⁰ h

donnerstags 17⁰⁰ h - 19⁰⁰ h

Aktiv - Diskussionsbereit - Sachlich
Aktionskomitee Demokratischer Studenten

verantwortlich: Uwe Goebel, Christian Kirchner,
Hans-Joachim Konrad